

PRESSEMITTEILUNG

Zum Christlichen Religionsunterricht

Hannover, den 15. Oktober 2022. Am Freitag, den 14. Oktober 2022 berichtete die Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ) über die geplante Einführung des Christlichen Religionsunterrichts (CRU) in Niedersachsen. Die in der Meldung wiedergegebene Position des Fachverbandes Werte und Normen ist irreführend und kann zu Missverständnissen führen.

Der Fachverband übt keine grundsätzliche Kritik an der Einführung eines überkonfessionellen Unterrichts, solange hierbei nicht der §128 des Niedersächsischen Schulgesetzes in Frage gestellt wird. Dieser verpflichtet alle Schüler:innen, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, zur Teilnahme am Unterricht im Fach Werte und Normen. Dabei spielt die konfessionelle Zugehörigkeit der Schüler:innen keine Rolle. Mit der Einführung des Faches Werte und Normen an der Grundschule hat das Land Niedersachsen die Bedeutung des Faches sowie des §128 noch einmal bekräftigt.

Der Fachverband lehnt darüber hinaus den konfessionellen Religionsunterricht nicht ab. Wir sind der Auffassung, dass ein staatlich verantworteter Religionsunterricht einen wichtigen Bildungsbeitrag für konfessionelle Schüler:innen leistet. Eine laizistische Position, wie sie etwa in Frankreich paradigmatisch ist, lehnen wir ab: Der Religionsunterricht ist ein wichtiges Korrektiv für religiöse Unterweisungen außerhalb staatlicher Kontrolle.

Kritisch sehen wir allerdings das sogenannte Hamburger Modell des Religionsunterrichts – vor allem dann, wenn er als religionskundlich auftritt und gezielt auch nicht-religiöse Schüler:innen einbinden möchte. Dies würde nicht nur gegen den §128 NSchG, sondern auch gegen die im Grundgesetz garantierte, negative Religionsfreiheit verstoßen. Diese besagt u.a., dass niemand vom Staat oder von Dritten dazu gezwungen werden darf, ein bestimmtes Glaubensbekenntnis anzunehmen oder religiöse Handlungen auszuüben. Zu den staatlichen Achtungspflichten gehört auch, dass niemand zur Teilnahme an einem konfessionell ausgerichteten Religionsunterricht gezwungen werden kann. Das Argument, dieser Unterricht enthalte auch religionskundliche Anteile, ändert nichts am konfessionellen Charakter eines solchen Religionsunterrichts für alle, da dieser von den Kirchen und anderen Glaubensgemeinschaften verantwortet wird.

Gemäß dem Staatsvertrag des Landes Niedersachsen mit dem Humanistischen Verband Deutschlands – Niedersachsen, K.d.Ö.R., und entsprechenden Folgeverträgen ist das Recht auf religionskundlichen Unterricht im Fach Werte und Normen einzulösen. Staatsrechtliche Verträge sind nicht einseitig auflösbar.

PRESSEMITTEILUNG

Im Fach Werte und Normen, so heißt es im §128 NSchG, sind religionskundliche Kenntnisse, das Verständnis für die in der Gesellschaft wirksamen Wertvorstellungen und Normen und der Zugang zu philosophischen, weltanschaulichen und religiösen Fragen zu vermitteln. Diesem Bildungsauftrag, der in den entsprechenden Kerncurricula der Sekundarstufen I und II präzisiert wird, kommt das Fach vollumfänglich nach.

Fazit: Die Planungen zur Einführung des CRU werden vom Fachverband Werte und Normen grundsätzlich nicht in Frage gestellt, solange der genuine Bildungsauftrag des Faches Werte und Normen sowie die Regelungen im §128 NSchG erhalten bleiben. Ein nicht-konfessioneller, religionskundlicher Unterricht wird bereits durch das Fach Werte und Normen garantiert.

* * * * *

Kontakt

Fachverband Werte und Normen e.V.
c/o Humanistischer Verband Deutschlands Niedersachsen K.d.ö.R.
Otto-Brenner-Straße 20-22
30159 Hannover
www.fv-wun.de

Ihre Ansprechpartner:

Markus Rassiller, 1. Vorsitzender; Jonas Riebeling, 2. Vorsitzender
Tel.: 0176 / 82 16 20 29
info@fv-wun.de

Der Fachverband Werte und Normen e.V.

Der Fachverband Werte und Normen ist unter anderem aus einem Elternkreis des HVD Niedersachsen hervorgegangen. Er setzt sich für das Schulfach Werte und Normen sowie dessen fachwissenschaftliche Schwerpunkte ein und fordert eine paritätische Umsetzung dieser in den Kerncurricula: Religionskunde – Ethik – Philosophie - Sozialwissenschaften. Wir beraten Schüler:innen, Erziehungsberechtigte sowie Kolleg:innen hinsichtlich des Alternativangebots zum Religionsunterricht sowie zu rechtlichen Fragen. Darüber hinaus bildet der Fachverband Lehrende fort, vertritt das Fach auf bildungspolitischer Ebene und übernimmt Aufgaben der Humanistischen Akademie Niedersachsen.